

Österreichs Zukunft in Wissenschaft und Forschung – eine Einleitung

Der Österreichische Wissenschaftsrat und der Rat für Forschung und Technologieentwicklung haben im Vorfeld der Wahl bzw. der Regierungsbildung Ende 2006 jeweils Empfehlungen zur zukünftigen Forschungs- und Wissenschaftspolitik Österreichs, zugleich als Denkposten für die neue Legislaturperiode gedacht, vorgelegt. Beide Empfehlungen fügen sich zu einem Entwicklungskonzept für das österreichische Forschungs- und Wissenschaftssystem zusammen. Dieses Konzept, für Sie in 10 gemeinsamen Thesen noch einmal zusammengefaßt, soll unter dem allgemeinen Gesichtspunkt von Österreichs Zukunft in Wissenschaft und Forschung Gegenstand unserer heutigen Tagung sein. Lassen Sie mich einige zentrale Punkte, einleitend in unser Programm, hervorheben.

Erstens: In Österreich tut sich was. Von außen betrachtet – und das ist immer noch ein wenig mein Blick, obwohl meine österreichische Sozialisation mittlerweile, im Zuge der Arbeit im Wissenschaftsrat, weit fortgeschritten ist – passieren in Universität und Wissenschaft erstaunliche Dinge. Da ist das Universitätsgesetz 2002, das als das modernste und fortschrittlichste seiner Art in Europa gelten darf. Da wird vom Rat für Forschung und Technologieentwicklung, vom FWF und vom Wissenschaftsministerium über neue Exzellenzbausteine nachgedacht, mit denen die Wissenschaft in Österreich in Zukunft bauen soll und bauen wird. Da wird über die Einführung von Overheads nachgedacht, werden die FWF-Mittel kräftig – und wie wir alle hoffen: dauerhaft – aufgestockt, und da wird neben weiteren exzellenten universitären wie außeruniversitären Instituten, z.B. Akademieinstituten, ein großes neues Forschungsinstitut (mit dem eher noch unaufdringlichen Namen "Institute of Science and Technology – Austria") gegründet, das exzellente Wissenschaftlicher aus aller Welt anziehen soll. All dies ist richtig! Eine zukunftsorientierte Gesellschaft kann von

Forschung und Wissenschaft gar nicht genug haben – universitär wie außeruniversitär. Das gilt auch für die österreichische Entwicklung.

Zweitens: Forschungs- und Wissenschaftssysteme tendieren dazu, wie in anderen systemischen Zusammenhängen auch, sich gegenüber benachbarten Teilen abzuschotten. Besonders auffällig ist dies im Verhältnis von universitärer und außeruniversitärer Forschung. Der institutionelle Wille, auf Autonomie bedacht, schränkt hier häufig den Forschungswillen ein, unterwirft ihn eigenen institutionellen Interessen. Dabei geht der Forschungswille seinem Wesen nach, wohin er will. Das macht vor allem das moderne Konzept einer die disziplinäre Arbeit problemorientiert zusammenführenden Transdisziplinarität deutlich. Transdisziplinarität ist sowohl eine Forschungs- und Arbeitsform der Wissenschaft dort, wo es darum geht, außerwissenschaftliche Probleme, z.B. Umwelt-, Energie- und Gesundheitsprobleme, zu lösen, als auch ein innerwissenschaftliches, die Ordnung des wissenschaftlichen Wissens und der wissenschaftlichen Forschung selbst betreffendes Prinzip. Das wird in Zukunft zu neuen Organisationsformen führen, in denen die Grenzen zwischen den Fächern und zwischen Forschungseinrichtungen unterschiedlicher Systemzugehörigkeit blaß werden, und diese Zukunft hat bereits begonnen. Das bedeutet, daß das Institutionelle 'flüssig' werden muß, und die Begründung ist einfach: Das Wissenschaftssystem muß sich bewegen, wenn sich die Forschung bewegt.

Im Augenblick laufen die Dinge eher umgekehrt: Nicht die Forschung sucht sich ihre Ordnung, sondern eine in Teilstrukturen gegebene institutionelle Ordnung sucht sich ihre Forschung. Hier wird eine Wissenschaftsordnung kontraproduktiv. Das aber kann nicht die Zukunft der Forschung, auch in Österreich, sein. Anders ausgedrückt: Die leitende institutionelle Vorstellung muß in Zukunft sein, daß sich die Fachlichkeiten und Systemzugehörigkeiten je nach den (sich ständig verändernden) Bedürfnissen von Wissenschaft und Forschung immer wieder neu sortieren. Das setzt große institutionelle Beweglichkeit voraus und ein sicheres Orientierungsvermögen im Wissenschaftsgeschehen. Ohne dieses aber wird die Zukunft von Wissenschaft und Forschung, auch der österreichischen, nicht zu haben sein.

Drittens: In dieser Situation muß auch neu über Wettbewerb und Kooperation nachgedacht werden. Wettbewerb und Kooperation sind in der Wissenschaft etwas Nor-

males – zwischen Wissenschaft, Arbeitsgruppen und Einrichtungen. Ohne Wettbewerb fände in der Wissenschaft kein Fortschritt statt, und ohne Kooperation auch nicht. Allerdings ist das Verhältnis beider schwierig, sind Wettbewerb und Kooperation zugleich schwer zu realisieren. Wer im Wettbewerb mit anderen steht, kooperiert nicht mit diesen, und wer mit anderen kooperiert, tritt nicht in einen Wettbewerb mit diesen. Andererseits zwingen die Verhältnisse häufig zur Einschränkung eines wünschenswerten Wettbewerbs durch Kooperation. Das gilt nicht nur bei eingeschränkten Fächerstrukturen, sondern auch dann, wenn Ressourcenknappheit und eine nicht ausreichende Infrastruktur eine Kooperation mit dem Wettbewerber nahelegen, wenn das Prinzip der Arbeitsteilung, das in wachsendem Umfang auch in der Wissenschaft gilt, den wissenschaftlichen Wettbewerber zum gesuchten Partner macht oder Geräte, die sich aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehrfach beschaffen lassen, zur Zusammenarbeit zwingen. Außerdem ist Kooperation, in der bezogen auf die tatsächlichen Verhältnisse, z.B. mit dem Wiener Reichtum an wissenschaftlichen Einrichtungen, noch gewaltige Synergiepotentiale schlummern, auch in der Wissenschaft ein Mittel, um den Wettbewerb mit Dritten besser zu bestehen.

Die Wissenschaft löst das offenkundige Dilemma eines Widerstreits beider Prinzipien, des Prinzips Wettbewerb und des Prinzips Kooperation, einerseits theoretisch, indem sie diesen Widerstreit als ein dialektisches, sich gegenseitig bedingendes Verhältnis auffaßt, andererseits praktisch, indem sie sich situationsbezogen jeweils kooperativ oder konkurrierend verhält. Dabei erfaßt ein wünschenswerter und für das System Wissenschaft notwendiger Wettbewerb alle Teile dieses Systems, nicht nur die des universitären, sondern auch die des außeruniversitären (in Österreich etwa repräsentiert durch die Institute der Akademie der Wissenschaften und die Boltzmann-Institute in neuer Formierung). Es ist ein Wettbewerb um Ressourcen, um exzellente wissenschaftliche Köpfe, um die besten Studierenden und um zusätzliche Mittel für die Forschung. Dieser Wettbewerb steckt in Österreich, wie auch andernorts in Europa, noch in den Kinderschuhen.

Viertens: Besondere Aufmerksamkeit sollte hier den Universitäten gewidmet werden. Die Universitäten sind Kern jedes Wissenschaftssystems – weil sie Forschung mit Lehre verbinden und weil sie den wissenschaftlichen Nachwuchs ausbilden (für sich selbst, für andere Wissenschaftseinrichtungen und für die Gesellschaft). Also kommt

es darauf an, wiederum auf das österreichische Forschungs- und Wissenschaftssystem bezogen, dieses nicht nur auszubauen, sondern auch seine Architektur so zu gestalten, daß sich alle Systemteile, die universitären wie die außeruniversitären, optimal ergänzen.

Und noch etwas: Es tut sich auch etwas in Europa – und die europäische Entwicklung wartet nicht. Der Bologna-Prozeß (in der Lehre) und die Etablierung des European Research Councils (ERC) (in der Forschung) beginnen die europäische Wissenschafts- und Bildungswelt zu verändern. Und wer hier mitspielen will, z.B. dann, wenn sich das europäische Universitätssystem neu sortiert, Spitzenuniversitäten eine neue europäische Identität gewinnen, muß hellwach und selbst veränderungswillig (und veränderungsfähig) sein. Österreich ist hier, so scheint mir, mit seiner neuen Universitätsstruktur, die Autonomie nicht nur als Autonomie nach außen (gegenüber der politischen Welt), sondern auch als Autonomie nach innen (gegenüber sich selbst), d.h. als institutionell praktizierte Selbstbestimmung, versteht, und seinen neuen Forschungsinitiativen auf gutem Wege.

Allerdings bedeutet die wachsende Europäisierung des gesamten Bildungssystems, hier bezogen auf die Universitäten, daß unter Gesichtspunkten der Spitzenforschung und einer entsprechenden Ausbildung in absehbarer Zeit etwa 20 bis 30 Universitäten in Europa das Spitzenniveau bestimmen werden. In gewissem Sinne wiederholen sich dabei (und damit wiederhole ich auch mich selbst) spätmittelalterliche und frühneuzeitliche Verhältnisse. Hier konkurrierten Oxford, Paris, Padua und Wien miteinander, nicht, auf lokaler Ebene, Oxford mit Glasgow, Paris mit Avignon, Padua mit Ferrara und Wien mit Graz. Diese Konkurrenz gab es, meist disziplinenbezogen, zwar auch, doch spielte die Wissenschafts- und Bildungsmusik in anderen Räumen, eben europäischen Räumen. So wird es, wie gesagt, in Europa auch in Zukunft wieder sein. Also haben sich heute jede Universität und jede Bildungspolitik auf nationaler Ebene, somit auch die österreichische, zu überlegen, welches ihre zukünftige Rolle sein könnte bzw. sein sollte. Wer jetzt nicht aufpaßt, wird den Zug verpassen, vorausgesetzt, man will sich überhaupt in diese Richtung bewegen.

Das werden allerdings nicht alle können. Zu den institutionellen Voraussetzungen dafür gehören eine gewisse Größe mit einem entsprechenden disziplinären und Lei-

stungsspektrum sowie ein leistungsfähiges wissenschaftliches Umfeld, das für wünschenswerte Synergien sorgt. Das wiederum bedeutet nicht, daß andere Universitäten keine Zukunft hätten. Schließlich werden Universitäten nicht nur der Spitzenforschung willen, d.h. aus rein wissenschaftlichen Gründen, gegründet, sondern zumindest ebenso, wenn nicht sogar primär, aus allgemeineren bildungs- und regionalpolitischen Gründen (wie in Österreich mit den Universitätsneugründungen Linz [1962] und Klagenfurt [1970] geschehen). Hier erfüllen sie eine Aufgabe, gemeint ist eine Bildungsaufgabe, die nicht so sehr das Bedürfnis der Wissenschaft, sondern das eines Landes oder einer Region ist. Das mindert zwar nicht die Anforderungen an Wissenschaftlichkeit, in der Humboldtschen Universität durch das Prinzip Lehre aus Forschung ausgedrückt, setzt eine Universität aber nicht dem unvernünftigen Zwang aus, etwas zu sein oder zu werden, was unter den nun einmal gegebenen Umständen unerreichbar ist. Neben einem Netz forschungsintensiver europäischer Spitzenuniversitäten wird es eben ein Netz renommierter europäischer Bildungseinrichtungen auf Universitätsniveau geben. Dazuzugehören ist dann ebenfalls eine anspruchsvolle Aufgabe, auf die sich die Mehrzahl der Universitäten in Europa, also auch diejenigen Österreichs, einzustellen hat. Das schließt im übrigen – Stichwort noch einmal: Kooperation – auch starke Allianzen mit Nachbareinrichtungen über alle Grenzen hinweg ein.

Damit fünftens, und diese einführenden Bemerkungen abschließend, ein Blick auf ein brisantes, eine neue Ehrlichkeit in der österreichischen Universitätspolitik erforderndes Problem. Die österreichische Wissenschaftspolitik steht, was die Universitäten betrifft, vor einem Zielkonflikt: Einerseits geht es darum, den Universitätszugang für alle Studierwilligen offenzuhalten – der so genannte 'freie Zugang' –, andererseits darum, an der allgemeinen Exzellenzentwicklung, die sich an einer Steigerung der institutionellen Leistungsfähigkeit von Forschung und Lehre (vor allem in dem angeführten europäischen Kontext) orientiert, teilzunehmen. Letzteres geht nur, wenn die Universitäten alle dazu erforderlichen Bedingungen selbst in der Hand haben. Zu eben diesen Bedingungen gehört aber ein geregeltes, besondere Eignung und Leistungsfähigkeit der Studierwilligen sicherstellendes Zulassungsverfahren nicht nur in der Master- und Doktoratsphase, sondern auch schon in der Studieneingangsphase. Vermutlich wird hier die Lösung des Zielkonflikts in einem Differenzierungsprozeß liegen, in dem die einzelnen Universitäten unterschiedliche Schwerpunkte, bezogen

auf das Gewicht, das Aufgaben in der Lehre und Aufgaben in der Forschung beigemessen wird, setzen. Schließlich hat - so lässt sich das auch ausdrücken - eine moderne Universität zwei Aufgaben: Kern eines Forschungs- und Wissenschaftssystems zu sein und allgemeine Ausbildungsaufgaben, häufig regional orientiert, zu erfüllen. Hier wird sich, noch einmal, jede Universität entscheiden müssen, wo sie ihre Stärken bzw. wo sie, den Gegebenheiten gemäß, ihre eigentliche Aufgabe sieht. Dann ließe sich auch in der Forschungs- und Wissenschaftspolitik mit dem genannten Zielkonflikt produktiv umgehen.

Damit, meine Damen und Herren, genug der einführenden Worte. Wir beginnen mit einer europäischen Perspektive und setzen mit einem Blick auf die universitäre und außeruniversitäre Forschung in Österreich fort. Den Abschluß wird eine Podiumsdiskussion bilden, die zugleich die Gelegenheit bietet, auf das zuvor Dargelegte noch einmal zurückzukommen. Wir haben exzellente Redner für dieses Programm gewonnen, und diese sollen nun das Wort haben.